

Sicherung der Lebensgrundlagen für alle

Willi Hoss, geb. 1929, Elektroschweißer, 26 Jahre bei Daimler-Benz in Untertürkheim tätig, von 1972 bis 1983 Betriebsrat der Plakatgruppe bei Daimler-Benz in Stuttgart, Mitglied der IG Metall von 1951 bis 1972, nach Gewerkschaftsausschluß 1972 Wiedereintritt in die IG Metall 1989, ist Sprecher der Grünen/Bündnis 90 im Bundestag.

Umweltschutz weltweit ernst nehmen

Die Wahlprüfsteine des DGB beginnen mit der schwerwiegenden Feststellung, daß „der Schutz unserer Umwelt weltweit zu einer Überlebensfrage geworden (ist)“. Wenn man diesen Satz ernst nimmt, enthält er die Verpflichtung besonders der reichsten Länder, zu denen die Bundesrepublik gehört, ihr Wirtschaften nicht nur auf die Bedürfnisse der eigenen, relativ kleinen Bevölkerung abzustimmen, sondern auch auf die Erfordernisse der Erhaltung der Lebensgrundlagen für die Mehrheit der Menschen auf unserem Planeten. Und das ist nicht möglich ohne einen radikalen Umbau unserer Industriegesellschaft. Die Wahlprüfsteine des DGB müßten eigentlich zunächst zu dieser „Überlebensfrage“ Stellung beziehen und Stellungnahmen fordern. Jeder Forderungskatalog, der mehr sein will als eine einfache Aufzählung positiver Maßnahmen, über die im Wahljahr und auf dem Papier rasch ein Konsens erzielt werden kann, muß dem „ökologischen Sachzwang“ zum Umbau Rechnung tragen und fragen, inwieweit Forderungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Maßnahmen des Klimaschutzes, zur Gestaltung der internationalen Arbeitsteilung, zum Schuldenerlaß für die Länder der Dritten Welt und zur Kontrolle der multinationalen Konzerne enthalten oder fördern. Weder die Parteien noch die Verbände der Bundesrepublik, insbesondere auch der DGB, dürfen aus ihrer Verantwortung für diese Fragen entlassen werden.

Ökologie und soziale Frage

In diesem „ökologischen Sachzwang“ ist der soziale mit aufgehoben. Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Ressourcen der Dritten Welt durch die Industrieländer gehören zu den wichtigsten Ursachen für Hunger, Krieg und autoritäre Lebensformen. Insofern halten wir es für unzureichend, daß - wie es in den Wahlprüfsteinen der Fall ist - von der Dritten Welt immer nur als „Krisenherd“ die Rede ist, ohne zu reflektieren, daß die alten Industrienationen ihre eigene Lebens- und Umweltkrise exportieren. Es ist nur ein bezeichnendes Beispiel, daß ein Verbot des Rüstungsexports, das auch von den Grünen sehr entschieden vertreten wird, nach dem Wirtschaftswunder in keinem Deutschen Bundestag und unter keiner Regierung mehrheitsfähig

gewesen ist. Aber nicht nur Klima, Wälder, Wasser, Böden werden durch die Industriegesellschaften weltweit gefährdet, sondern auch die menschliche Arbeit.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in ihren nun über 100 Jahren andauernden Kämpfen versucht, die Arbeitskraft der Menschen zu schützen und sie hat bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Ersten Welt große Erfolge erzielt. Doch der lange Katalog von Forderungen, die die Prüfsteine vorlegen, zeigt, wie sehr diese Bemühungen um den Schutz der Arbeitskraft immer wieder in Frage gestellt sind. Die durch das Kapital bestimmte wirtschaftliche Entwicklung bringt die Gefahr mit sich, daß die Forderungen zum Schutz der Arbeit immer den Verhältnissen hinterherhinken und in vielen Fällen auf Kosten der Dritten Welt befriedigt werden.

Die Grünen unterstützen die Forderungen des DGB zur Beschränkung der individuellen und zur Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit, sie befürworten das Verbot der Leiharbeit, die Verstärkung der Qualifizierungsmaßnahmen und die Verbesserung der Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Zu diesen Fragen liegen - auch von Seiten der Grünen - zahlreiche Gesetzesentwürfe vor, die weitgehend mit den Forderungen des DGB übereinstimmen. Dabei haben die Grünen auch eigene Akzente gesetzt. Aufgrund ihrer Verbundenheit mit Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen haben sie eine besondere Sensibilität für jene Menschen und sozialen Gruppen entwickelt, die durch die Leistungsgesellschaft systematisch und brutal an den Rand gedrängt werden und in den solidarischen Bemühungen der traditionellen Arbeiterbewegung nicht vorkommen. Weder in der Frühzeit des Kapitalismus noch in der entwickelten Industriegesellschaft ist Armut eine Randerscheinung. Die Grünen fordern daher anstatt einer selektiven Sozialhilfe und den mit ihr verbundenen, demütigenden bürokratischen Einschränkungen eine bedarfsorientierte Mindestsicherung in allen Lebenslagen für Rentner, für Arbeitsunfähige, für Langzeitarbeitslose. Wenn eine „Überflußgesellschaft“ sich dieses Nötigste nicht leisten kann, bedeutet das, daß es nicht an den materiellen Voraussetzungen fehlt, sondern an einem politischen Bewußtsein, das Armut nicht duldet und an den demokratischen Möglichkeiten, dieses Bewußtsein im Konsens durchzusetzen.

Mitbestimmung und Demokratie

Wie für die Arbeiterbewegung ist auch für die Grünen der arbeitende Mensch selbst gefordert: seine solidarische individuelle und kollektive Entscheidung, seine verantwortungsbewußte Mitbestimmung. Das Betriebsverfassungsgesetz, aber auch die DGB-Entwürfe sehen Mitbestimmung vorwiegend als Regelmechanismus, der den Ausgleich unterschiedlicher Interessen zwischen Belegschaft und Unternehmen möglichst reibungsarm halten soll. Auf Grund ihrer Vorstellungen von Umwelt und Demokratie haben die Grünen mit ihren Vorschlägen zu einem neuen Betriebsverfassungsgesetz versucht, Mitbestimmungsrechte auszudehnen und neu zu qualifizieren. Sie

fordern Mitbestimmung nicht nur bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, sondern auch bei der Produktion und den verwendeten Stoffen, wenn sie die Umwelt nachhaltig berühren. Bei der Wahrnehmung dieser Mitbestimmungsrechte sollten auch Interessengruppen aus der Bevölkerung mitwirken können, die außerhalb der klassischen Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehen.

Transparenz der Konflikte und breite Beteiligung der Betroffenen können der Mitbestimmung neue demokratische Impulse geben. Als konkrete Schritte zur Verbesserung der Mitbestimmung und zur Erhaltung der Streikfähigkeit fordern die Grünen in Übereinstimmung mit dem DGB die Rücknahme des § 116 AFG und das Verbot der Aussperrung, aber auch die Rückbindung des Betriebsrates an die Interessen der Belegschaft, mit allen Folgen, die daraus für die Friedenspflicht entstehen. Zum Demokratieverständnis der Grünen gehört aber auch, daß Minderheiten bei den Betriebsratswahlen gegen eine von manchen gewerkschaftlichen Apparaten und verknöcherten Betriebsräten im Eigeninteresse betriebene Ausgrenzungspolitik geschützt werden.

Die Notwendigkeit realer Mitbestimmung auf überbetrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Ebene wurde in diesen Monaten erneut durch die Bildung der „Treuhandanstalt“ in der ehemaligen DDR vor Augen geführt. Über die Treuhand verwaltet eine kleine Gruppe von Managern insgesamt 8000 Betriebe. Sie hat in diesem Sommer ohne parlamentarische oder sonstige demokratische Kontrolle entscheidende Weichen gestellt und vollendete Tatsachen geschaffen, insbesondere in der Energiepolitik und bei der „Sanierung“ und Aufteilung des Industriepotentials der ehemaligen DDR auf westdeutsche Konzerne. Hier wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit neue Seilschaften gebildet und hier wurden auch Fehlentscheidungen getroffen, die sich sehr bald in neue „Altlasten“ verwandeln werden. Unmittelbare Forderungen der Grünen richten sich auf eine Demokratisierung und Föderalisierung der Treuhandverwaltung. Die Erhaltung und Sanierung der Betriebe muß dieser Verwaltung als wichtigstes Ziel vorgegeben sein.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Frauen, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, sind zum größten Teil von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen so gut wie ausgeschlossen. „Das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes hat nicht ausgereicht, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen.“ Diese Feststellung der Prüfsteine nimmt auch in der politischen Erfahrung der Grünen einen besonderen Platz ein. Die vom DGB vorgelegten Forderungen entsprechen dem, was die Grünen anstreben. Zusätzlich haben die Grünen Frauen zum ersten Mal in der Bundesrepublik einen umfassenden Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz erarbeitet. Es soll den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung für Frauen einklagbar machen und sieht eine paritätische Verteilung (Quotierung) aller Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsplätze und aller

Ämter vor. Mit dieser weitreichenden Forderung geht es den Grünen nicht darum, andere Positionen, etwa die der Gewerkschaften feministisch zu überholen, sondern darum, die Gleichberechtigungsfrage aus dem Ghetto der traditionellen Sozialpolitik für „Ausländer, Frauen und Behinderte“ herauszulösen. An möglichst vielen Ansatzpunkten streben sie im Zusammenhang eine grundlegende Veränderung der herrschenden frauen- und menschenfeindlichen Wirtschafts- und Produktionsweise an.

Verfassung und Frieden

Die Prüfsteine sprechen von einer „zukunftsgerichteten Fortschreibung des Grundgesetzes“ und von der Notwendigkeit einer „neuen Verfassung“. Der Unterschied ist verfassungsrechtlich und politisch nicht irrelevant. Die Grünen sind für eine möglichst breite Verfassungsdiskussion und sind der Ansicht, daß nach dem 3. Oktober neben der alten DDR auch die alte Bundesrepublik untergegangen ist. Das neue Deutschland, das durch den Beitritt der fünf neuen Bundesländer entstanden ist, ist mehr und etwas anderes als eine erweiterte Bundesrepublik. Dies gilt auch für die europäische und weltpolitische Rolle Deutschlands. Eine neue, vom Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung muß dieser Qualität Rechnung tragen. Die Grünen stellen Forderungen, die sich zum größten Teil mit denen des DGB decken, wie zum Beispiel die Verankerung sozialer Grundrechte und des Schutzes der natürlichen Umwelt, die Sicherung der Selbstbestimmung der Frauen in Schwangerschaftsfragen, das Verbot der Aussperrung, die Stärkung des Föderalismus und das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Plebiszitäre Elemente sollen neue Beteiligungsrechte der Bürgerinnen schaffen und - was in den Prüfsteinen nicht angesprochen wird - im Interesse einer Welt des Friedens sollten ein Atomwaffenverzicht und das Verbot des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb Deutschlands verfassungsrechtlich verankert werden. Über die Schwierigkeit, elementare Forderungen dieser Art durchzusetzen, machen sich die Grünen keine Illusionen. Die Diskussion darüber darf jedoch nicht aufhören. Dies um so mehr, als man von einem „Ende des Ost-West-Konfliktes“ unserer Ansicht nach nicht sprechen kann. Beendet ist der Kalte Krieg, eine besondere historische Form dieses Konflikts. Nun aber besteht die Gefahr von Überlagerungen des Nord-Süd- und des Ost-West-Konfliktes. Bereits sichtbarer Ausdruck dieser neuen Konstellation ist ein enormer Einwanderungsdruck, den die Europäische Gemeinschaft immer dramatischer zu spüren bekommen wird. Es besteht die konkrete Gefahr, daß im Süden und im Osten neue, dieses Mal ökonomische Mauern errichtet werden und daß unsere Gesellschaft sich mit neuen Formen von Aggressionen und Rassismus konfrontiert sehen wird.

Auf diesem Hintergrund stellen sich um so dringlicher die bereits eingangs angedeuteten Fragen:

- Was müssen wir tun, um unsere Wirtschaft so zu gestalten, daß die von ihr verursachte Zerstörung der natürlichen und materiellen Lebensgrundlagen

in den ärmeren Ländern und damit die Entwurzelung von Millionen von Menschen verhindert werden kann?

- Wie können wir verhindern, daß unser System des Fortschritts und der sozialen Sicherheit nicht zu einer Wohlstandsinsel führt, die gegen die „Aggressionen“ der Ärmsten verteidigt werden muß?

Der lange Katalog von im einzelnen progressiven Forderungen, der durch parlamentarische Arbeit partiell durchgesetzt werden kann, muß sich dem Prüfstein dieser Fragen stellen. Daran arbeiten die Grünen. Sie befürworten kleine Schritte, aber in die richtige Richtung.